

Humanistische Union

In der EU gegen die EU? - Rechtsradikale und anti-europäische Parteien im Europäischen Parlament

vorgänge Nr. 220 (Heft 4/2017), S. 81 - 92

Trotz ihrer kritischen Haltung zur Europäischen Union kandidieren rechtsradikale und anti-europäische Parteien für das Europäische Parlament. Dieser Beitrag untersucht die Rolle, die Abgeordnete dieser Parteien im Europäischen Parlament spielen. Der Beitrag zeigt, dass diese Abgeordneten sich schwer tun, sich zu stabilen Fraktionen zusammenzuschließen, weil den Fraktionen nach den Regularien des Europäischen Parlaments Abgeordnete aus mehreren Mitgliedstaaten angehören müssen. Dennoch haben diese Parteien einen erheblichen indirekten Einfluss, wenn es ihnen gelingt, den Diskurs und die Positionen anderer Parteien zu Themen wie Migration zu verändern.

Die gängigen Einschätzungen zur Arbeit rechtsradikaler Parteien in Europa und besonders im Europäischen Parlament schwanken regelmäßig zwischen Hysterie und Verharmlosung. Angesichts der politischen Entwicklungen in Europa sahen viele Kommentator_innen in den Medien bereits das "Zeitalter des Rechtspopulismus" heraufziehen. Seit 2014 zog die Alternative für Deutschland (AfD) im Zuge einer medial angeheizten Flüchtlingskrise – die in Wahrheit vielmehr als Bürokratiekrise bezeichnet werden muss – in 13 Landesparlamente und zuletzt als drittstärkste Kraft in den Bundestag ein. In Österreich zitterten die etablierten Parteien vor einem Bundespräsidenten Norbert Hofer (FPÖ), welcher die erste Wahlrunde deutlich gewann und sich schließlich in der Stichwahl knapp dem unabhängigen Kandidaten Van der Bellen geschlagen geben musste. Zeitgleich entschied sich eine ebenfalls knappe Mehrheit der Briten für den Austritt aus der Europäischen Union, und in den USA wurde Donald Trump zum Präsidenten gewählt. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen wollte auch eine Koalition rechtsradikaler Parteien im Europäischen Parlament – beflügelt durch ihr gutes Abschneiden bei den Wahlen 2014 – mit einer Blockade aller Gesetzgebung im Parlament gegen das "totalitäre und technokratische System der EU" vorgehen. Doch von einer Blockade der europäischen Gesetzgebung kann seitdem keine Rede sein, auch wenn die Gründung einer eigenen Fraktion, unter Führung des Front National und der niederländischen Partei für die Freiheit, nach anfänglichen Verzögerungen im Juni 2015 schließlich gelang und als Anfang einer Befreiung gefeiert wurde. Auch konnten Le Pen und Wilders bei den folgenden nationalen Wahlen nicht so gut abschneiden wie erhofft. Umfragen sahen in den Niederlanden lange Zeit einen deutlichen Sieg von Wilders Partei voraus, schließlich musste sich die Partei, trotz leichter Zugewinne, mit dem zweiten Platz zufrieden geben. Bei den französischen Präsidentschaftswahlen im Mai des Jahres schaffte es Le Pen zwar in die zweite Runde, musste sich dann aber mit deutlichem Abstand Emmanuel Macron geschlagen geben. Bei den Parlamentswahlen einige Wochen später holte Macrons Partei die absolute Mehrheit, der Front National schnitt trotz leichter Zugewinne schwach ab. Zurzeit zerreibt sich der Front National in innerparteilichen Machtkämpfen. Die britische UK Independence Party, Motor des Brexit-Referendums, erlitt im Juni 2017 bei den Unterhauswahlen eine herbe Niederlage und droht in der elektoralen Bedeutungslosigkeit zu verschwinden. Vielen scheint daher die Gefahr von Rechts in Europa gebannt, da die Parteien letztlich an ihren inneren Widersprüchen oder ihre Forderungen an der Realität scheiterten. Dabei lohnt sich abseits von Hysterie und Verharmlosung ein detaillierterer Blick darauf, wie rechtsradikale Parteien Einfluss nehmen und wie sie die etablierten Parteien thematisch treiben können.

Worüber sprechen wir? Zum Begriff Rechtsradikalismus

In der wissenschaftlichen Literatur existiert eine Vielzahl verschiedener Begrifflichkeiten zur Beschreibung dessen, was hier als radikale Rechte bezeichnet wird. Rechtsradikalismus bezeichnet allgemein eine politische Strömung, die sich direkt oder indirekt gegen die wichtigsten Grundpfeiler liberaler Demokratien wendet – politischen Pluralismus und verfassungsrechtlichen Schutz von Minderheiten. Den Kern bilden ultranationalistische, autoritaristische und xenophobe Elemente. Dem Prozess der gesellschaftlichen Modernisierung mit sozialer und funktionaler Differenzierung sowie Individualisierung wird das Gegenstück einer über nationale Zugehörigkeiten konstruierten und ethnisch, kulturell oder religiös definierten kollektiven Identität entgegengestellt (Minkenberg 1998: 29ff.; 2011; 2013). Das Individuum hat sich und seine (Bürger-)Rechte den größeren Interessen der Gemeinschaft unterzuordnen. Der Begriff Rechtsradikalismus unterstellt nicht zwingend eine dezidiert anti-demokratische Ausrichtung aller unter dem Begriff subsumierten Parteien und Organisationen. Seit den 1980er Jahren lösten sich die meisten europäischen rechtsradikalen Parteien von ihren faschistischen Traditionen und ihrer offen anti-demokratischen Ausrichtung. Nunmehr kann zwischen der extremen Rechten mit starken Bezügen zu faschistischen Traditionen, einer ethnozentristischen – nicht faschistischen – Rechten, populistisch-autoritären Nationalisten sowie einer religiös-fundamentalistischen Rechten unterschieden werden (Minkenberg 2011: 113; 2013: 11f.).

Während die extreme Rechte durch Rassismus und Ethnozentrismus gekennzeichnet ist und sich nach wie vor an faschistische Traditionen der Zwischenkriegszeit anlehnt, bedient sich die ethnozentristische Rechte ethnopluralistischer Argumente für die Begründung einer angeblichen Unvereinbarkeit von Kulturen und Ethnien. Die populistisch-autoritäre Rechte tritt normalerweise mit einer starken, charismatischen Führung und autoritären Strukturen auf, während die religiös-fundamentalistische Rechte Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit mit religiösem Fundamentalismus verbindet. Allen Varianten ist die Anwendung populistischer Stilformen und Strategien gemein: *"Beachtenswert ist, dass alle vier Varianten Unterschiedlichkeit und Pluralismus im Namen nationaler Homogenität durch die primäre 'Wir-Gruppe' ablehnen und (populistische) politische Stilformen und Strategien anwenden, die gegen die etablierten Eliten gerichtet sind"* (Minkenberg 2013: 13).[1]

Rechtsradikale und anti-europäische Parteien im Europäischen Parlament

Die Parteienlandschaft im Europäischen Parlament ist auch für Menschen, die sich mit der Materie gut auskennen, nicht immer leicht zu durchblicken – zu heterogen und vielfältig sind die einzelnen Parteien. Die Abgeordneten kommen aus 28 Mitgliedsstaaten und repräsentieren etwa 170 nationale Parteidelegationen. Orientierung geben die aktuell acht Fraktionen, zu denen sich die Parteien entlang weltanschaulicher Ausrichtung zusammengeschlossen haben. Das Beispiel der Alternative für Deutschland (AfD) zeigt, dass auch diese Zuordnung nicht immer eindeutig sein muss. So waren zwischenzeitlich die beiden verbliebenen der ursprünglich sieben Abgeordneten der Partei – Beatrix von Storch und Marcus Pretzell – Mitglieder verschiedener Fraktionen. Pretzell hat mittlerweile die AfD verlassen, von Storch ist Mitglied des Bundestages geworden.

Seit den 1980er Jahren schließen sich rechtsradikale Parteien im Europäischen Parlament zu Fraktionen zusammen. Das stetig mit mehr Kompetenzen ausgestattete Europäische Parlament dient als Forum des Austausches und bietet gleichzeitig die Möglichkeit der Einflussnahme, ohne das Stigma, welches den rechtsradikalen Parteien auf der nationalen Ebene anhaftet. So änderten sich mit zunehmender öffentlicher Aufmerksamkeit für das Thema in den 1990er Jahren auch die Namen der rechtsradikalen Fraktionen.

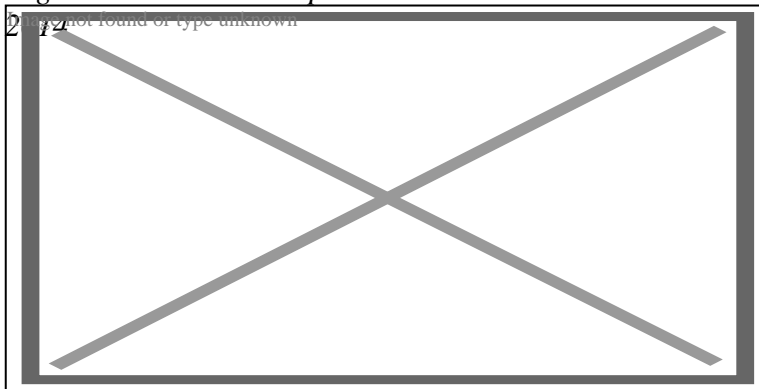
Während die Fraktion der europäischen Rechten (1984 - 1989) und die Technische Fraktion der europäischen Rechten (1989 - 1994) ihre politische Ausrichtung noch im Namen führten, haben sich die nachfolgenden Fraktionen Identität, Tradition, Souveränität (Januar 2007 - November 2007) und Europa der Nationen und der Freiheit (ab 2015) gegen dieses eindeutige Label entschieden.

Die Bildung einer Fraktion geht mit finanziellen und organisatorischen Vorteilen einher, zudem spielen sie eine zentrale Rolle in allen politischen Prozessen innerhalb des Parlaments. So wählen sie das Präsidium, bestimmen die Zusammensetzung der Ausschüsse, die Tagesordnung, die Auswahl der Berichterstatter_innen und entscheiden über die Zuteilung von Redezeiten. Nur Fraktionen oder mindestens 40 Abgeordnete gemeinsam können Änderungsanträge zu Berichten in Plenardebatten einbringen. Schließen sich Abgeordnete keiner Fraktion an oder sperren sich Fraktionen dagegen, Abgeordnete bestimmter Parteien aufzunehmen, dann sind sie als Fraktionslose mit erheblich weniger Kompetenzen im Parlament ausgestattet und haben kaum eine Chance, einen wichtigen Posten im Parlament zu übernehmen (Corbett et al. 2011: 78). Vor allem Vertreter_innen der extremistischen Rechten – wie die ungarische Jobbik, die griechische Goldene Morgenröte oder die deutsche NPD – gehören keiner Fraktion an. Aber auch Jean-Marie Le Pen, langjähriger Vorsitzender des Front National, und Bruno Gollnisch haben sich wegen Streitigkeiten über den Modernisierungskurs von Marine Le Pen nicht der Fraktion angeschlossen.

In nachfolgender Tabelle sind die Wahlergebnisse aller 2009 und 2014 ins Parlament gewählten rechtsradikalen Parteien sowie deren ideologische Ausrichtung aufgeführt. Daneben existiert eine Vielzahl anti-europäischer Parteien unterschiedlicher Parteifamilien, die zum Teil in einer rechtsradikalen Grauzone anzusiedeln sind und in ihren Erscheinungsformen nicht in Gänze dargestellt werden können.

Prominentestes Beispiel ist die UK Independence Party, die unter der Leitung des ehemaligen Vorsitzenden Nigel Farage mit 28 Prozent der Stimmen in Großbritannien stärkste Partei vor Labour (25 Prozent) und den Tories (24 Prozent) wurde. Das Hauptziel der populistischen und EU-skeptischen Partei ist der Austritt Großbritanniens aus der EU, zudem wettet sie gegen die – ihrer Ansicht nach – zu liberalen Zuwanderungsgesetze. Im Europa-Wahlkampf setzte die Partei auf rassistische Vorurteile und das gezielte Schüren von Ängsten gegen Immigrant_innen. Ein weiteres Beispiel ist die deutsche AfD, deren Einordnung wissenschaftlich umstritten ist, deren parteipolitische Zeichen aber insgesamt auf Radikalisierung stehen (Decker 2016:12). Seit Gründung der AfD verschieben sich die politischen Koordinaten stetig nach rechts, der Austritt Frauke Petrys nach den Bundestagswahlen markiert dabei die jüngste Stufe des innerparteilichen Machtkampfes.

Ergebnisse der im Europäischen Parlament vertretenen rechtsradikalen Parteien bei den Wahlen 2009 und



** Nicht eindeutig rechtsradikale Partei; Angaben*

in Klammern bedeuten kein Mandat im Parlament. Die folgenden Parteien sind eingeschlossen: Belgien: Vlaams Belang (VB); Bulgarien: Ataka; Dänemark: Dänische Volkspartei (DF); Deutschland: Alternative für Deutschland (AfD), Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD); Großbritannien: British National Party (BNP), UK Independence Party (UKIP); Griechenland: Goldene Morgenröte (CA), Orthodoxe Volksbewegung (LAOS); Italien: Lega Nord (LN); Niederlande: Partei für die Freiheit (PVV); Österreich: Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ); Rumänien: Großrumänien-Partei; Schweden: Schwedendemokraten (SD); Slowakei: Slowakische Nationalpartei (SNS); Ungarn: Bewegung für ein besseres Ungarn (Jobbik).

Wie aus der Tabelle ersichtlich, konnten rechtsradikale Parteien 2014 in rund einem Dutzend Ländern deutliche Zugewinne verbuchen. Der Front National um Marine Le Pen wurde mit rund 25 Prozent der Stimmen stärkste Kraft in Frankreich. Damit konnte die Partei ihr Ergebnis im Vergleich zur letzten Wahl 2009 fast vervierfachen. In Österreich vereinigte die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) rund 20 Prozent der Stimmen auf sich und damit acht Prozent mehr als 2009. In Dänemark verbesserte die Dänische Volkspartei ihr Ergebnis um acht Prozent auf nunmehr 23 Prozent der Stimmen (ausführlich dazu Peter 2015). Doch es gab auch rückläufige Entwicklungen – wie in Bulgarien, Rumänien und der Slowakei – wo der Wiedereinzug der Parteien nicht gelang.

Zurzeit existieren acht Fraktionen: Neben der konservativen Fraktion der Europäischen Volksparteien, der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten, der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke und Die Grünen/Europäische Freie Allianz existieren zwei Fraktionen mit rechtsradikalen Mitgliedern sowie eine eindeutig rechtsradikal geprägte Fraktion.

Europäische Konservative und Reformer

Die drittstärkste Fraktion, die Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) unter Führung der britischen Tories, besteht hauptsächlich aus Euro(pa)-skeptischen und nationalkonservativen Parteien. Die Fraktion distanziert sich von offen rechtsradikalen Parteien, dennoch befindet sich unter ihren Mitgliedern auch die ethnozentristische Dänische Volkspartei. Daneben sind in der EKR auch verschiedene Parteien vertreten, die nicht eindeutig dem rechtsradikalen Spektrum zuzuordnen sind. So schloss sich die AfD, welche bei der Wahl 2014 mit sieben Abgeordneten ins Parlament gewählt wurde, der Fraktion an. Nach Spaltung der AfD verließ Beatrix von Storch im April 2016 die EKR-Fraktion und wechselte zu der von Nigel Farage (UKIP) dominierten Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie.

Vorausgegangen waren Äußerungen der Politikerin über den möglichen Schusswaffengebrauch gegen Geflüchtete an der deutschen Grenze. Kurze Zeit später wurde Marcus Pretzell wegen offener Kontakte zu anderen rechtsradikalen Parteien in Europa aus der Fraktion ausgeschlossen. Im Februar 2016 hatte Pretzell einen Kongress zum Thema "Europäische Visionen – Visionen für Europa" veranstaltet. Zu Gast waren neben der ehemaligen Bundesvorsitzenden Frauke Petry unter anderem auch Heinz-Christian Strache und Harald Vilimsky von der österreichischen FPÖ. Pretzell schloss sich daraufhin der von Marine Le Pen gegründeten Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit an. Zu den weiteren Mitgliedern der EKR, die nicht eindeutig im rechtsradikalen Spektrum zu verorten sind, gehören die polnische Partei Recht und Gerechtigkeit sowie Die Finnen.

Europa der Freiheit und der direkten Demokratie

Die Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD) wurde nach den Wahlen 2014 als Nachfolger der Fraktion Europa der Freiheit und Demokratie (EFD) gegründet. Der von der britischen UK Independence Party und der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung dominierte Zusammenschluss vertritt EU-kritische und populistische Positionen. Während der Vorgänger der EFDD noch rechtsradikale Parteien wie die italienische Lega Nord und die griechische Orthodoxe Volksbewegung zu ihren Mitgliedern zählte, sind nunmehr noch die Schwedendemokraten als Rechtsaußen-Partei vertreten. Die griechische Partei verpasste 2014 den Wiedereinzug ins Parlament, die Lega Nord schloss sich der Fraktion um Marine Le Pen an. Zudem gehörten vor 2014 Die Finnen zur EFD.

Europa der Nationen und der Freiheit

Europa der Nationen und der Freiheit (ENF) ist die jüngste und mitgliederschwächste Fraktion des Parlaments. Mit aktuell 19 von 40 Mitgliedern dominiert der Front National die Gruppe. Zu den weiteren Mitgliedern gehören einige der wichtigsten rechtsradikalen Parteien in Westeuropa – der belgische Vlaams Belang, die niederländische Partei für die Freiheit, die italienische Lega Nord und die Freiheitliche Partei Österreichs. Die Fraktion kämpft gegen eine weitere Vergemeinschaftung Europas und für mehr nationalstaatliche Souveränität. Die Parteien treten gegen eine weitere Zuwanderung nach Europa ein und sehen vor allem im Islam eine Bedrohung.

"In Vielfalt geeint"? Rechtsradikale Parteien in der EU gegen die EU

Mit Gründung der neuen ENF-Fraktion schienen die Rechtsradikalen an dem Ort angekommen zu sein, den sie eigentlich bekämpfen wollten. In der Tat mag es auf den ersten Blick erstaunen, dass Parteien, die für rein nationale Interessen antreten, sich für Mandate im Europäischen Parlament bewerben. Was bringt Ultrationalisten auf europäischer Ebene dazu, ihre inneren Widersprüche zu überbrücken und eine Koalition auf Zeit zu schmieden? Wie ist zu erklären, dass die ENF-Parteien angetreten waren um die EU zu zerstören, sich dann aber die frisch gewählte Fraktionsvorsitzende in der ersten Plenarwoche beschwerte, dass sie nicht wie alle anderen Vorsitzenden auch in der ersten Reihe des Parlaments sitzen dürfe?

Nicht immer war der Versuch einer Fraktionsbildung erfolgreich. Allzu oft zerbrachen die Fraktionen, weil ihre Akteure nicht in der Lage waren, gegenseitige Vorurteile für das Ziel eines einflussreicheren Auftretens hintenan zu stellen. Die Fraktion Identität, Tradition, Souveränität zerfiel nach nur zehn Monaten, nachdem Abgeordnete der Großrumänien-Partei aus Protest gegen Aussagen von Alessandra Mussolini (Alternativa sociale; heute Mitglied der Forza Italia und Teil der konservativen Fraktion) die Gruppe verließen.

Mussolini hatte zuvor die sofortige Abschiebung rumänischer Roma aus Italien gefordert und behauptet, dass Rumän_innen aus der Kriminalität einen Lebensstil gemacht hätten. Mit dem Austritt verlor die Fraktion die erforderliche Anzahl von Mitgliedsstaaten und wurde aufgelöst.

Auch die aktuelle ENF-Fraktion ist nicht vor innerlichen Widersprüchen ihrer Mitglieder gefeit. So unterhält der Front National gute Beziehungen zu Russland und vertritt anti-amerikanische Positionen, während der offen rassistische belgische Vlaams Belang pro-amerikanisch und deutlich europafreundlicher aufgestellt ist. Geert Wilders ist bekannt für seine dezidiert pro-israelische Einstellung und unterstützt den israelischen Siedlungsbau. Unter dem Vorsitz Jean-Marie Le Pens trat der Front National jahrzehntelang mit antisemitischen Positionen auf. Erst seit der Übernahme des Parteivorsitzes durch seine Tochter Marine Le Pen im Jahr 2011 gibt sich die Partei nach außen ein moderneres Image und verzichtet auf offen rassistische und antisemitische Hetze. Marine Le Pen tritt zudem für die Rechte von Frauen und für Abtreibungen ein. Am Kern der Partei hat sich indes wenig geändert: Laut einer Studie der konservativen französischen Stiftung Fondation pour l'Innovation Politique findet sich bei den Anhänger_innen des Front National das höchste Niveau antisemitischer Einstellungen in Frankreich.

Es bleibt abzuwarten, ob die Fraktion ein ähnliches Schicksal ereilen wird wie das ihrer Vorgänger-Fraktion, oder ob die Allianz bis zum Ende der Legislatur 2019 halten wird. Ihre Mitglieder eint die Ablehnung der EU, der Einwanderung, des Multikulturalismus und vor allem des Islams. Zudem bietet der Fraktionsstatus erhebliche finanzielle und organisatorische Vorteile sowie eine verstärkte mediale Aufmerksamkeit. So bot der Streit um den Sitzplatz Marine Le Pens als neue Fraktionsvorsitzende eine willkommene Gelegenheit der Selbstdarstellung. Zieht sich das Parlament (wie geschehen) auf die Position zurück, dass es keinen Anspruch auf Änderung der Sitzordnung im Laufe einer Legislatur gibt, kann der Front National den bewährten Opfermythos bedienen und eine systematische Diskriminierung beklagen. Andererseits wäre der Platz in der ersten Reihe des Plenums die ideale Kulisse zur medialen Selbstinszenierung gewesen, auch um der nationalen Wählerschaft bildlich zu übermitteln, dass die Partei in der ersten Reihe mit den Mächtigen Europas angekommen ist.

Einfluss rechtsradikaler Parteien im Europäischen Parlament

Es existieren kaum wissenschaftliche Studien zum Einfluss rechtsradikaler Parteien im Europäischen Parlament. Daher ist es schwer, eine belastbare Bilanz zu ziehen. Erste Hinweise zur Performance im Parlament liefern die Anwesenheitsrate rechtsradikaler Parteien im Plenum, die Nutzung parlamentarischer Kontrollinstrumente sowie die Übernahme wichtiger Posten im Parlamentsbetrieb. Angesichts des stetigen Zuwachses an Kompetenzen für das Europäische Parlament braucht es für die Zukunft mehr qualitative Studien, um den tatsächlichen Einfluss messbar zu machen.

Die Anwesenheit der ENF-Mitglieder bei namentlichen Abstimmungen im Plenum liegt mit durchschnittlich

89,4 Prozent knapp über dem Durchschnitt (89 Prozent) aller Fraktionen.[2] Auffällig ist die geringe Anwesenheit der EKR-Mitglieder mit 87 Prozent und der EFDD-Mitglieder mit gar nur 83,6 Prozent. Die ENF-Mitglieder melden sich zudem vergleichsweise häufig im Plenum zu Wort, vor allem die FPÖ und die Lega Nord nehmen hier Spitzenplätze ein (Schmidtke 2016). Zwar sind die großen Fraktionen bei der Verteilung der Redezeit in Plenarsitzungen im Vorteil, jedoch können zusätzliche Redezeiten im „catch the eye“-Verfahren, also Ausführungen von einer Minute, und durch schriftliche Abstimmungserklärungen gewonnen werden. Zudem drängt sich der Eindruck auf, dass die rechtsradikalen Abgeordneten von der Möglichkeit, sich in Ausschusssitzungen frei zu Wort zu melden, kaum Gebrauch machen. Möglicherweise liegt die Zurückhaltung in der schwachen medialen Berichterstattung über Ausschusssitzungen begründet. Überdurchschnittlich häufig nutzen Abgeordnete von Rechtsaußen-Parteien die Möglichkeit parlamentarischer Anfragen (Schmidtke 2016). Dieses unmittelbare Instrument der parlamentarischen Kontrolle wird zum einen genutzt, um Informationen zu bestimmten Themengebieten einzuholen, und zum anderen als Mittel der Kommunikation an die nationale Wählerschaft. Anfragen an Kommission und Rat über Themen des Wahlkreises oder ideologisch besonders aufgeladene Fragen (wie Gender-Themen[3]) sind gut geeignet, der europafeindlichen Wählerschaft zu demonstrieren, dass man der verhassten EU auf die Finger klopft.

In den Ausschüssen, wo es auf inhaltliche Detailarbeit abseits der Berichterstattung ankommt, können rechtsradikale Abgeordnete durch die Ernennung als Berichterstatter_in versuchen, direkten Einfluss auf den Politik-Output des Parlaments zu nehmen. Sobald ein Gesetzentwurf der Europäischen Kommission einem Ausschuss im Parlament zugewiesen worden ist, benennen die Ausschussmitglieder eine_n Berichterstatter_in. Diese_r ist für den Gesetzentwurf zuständig und verhandelt mit den anderen Fraktionen über eine Stellungnahme.

Nur wenige rechtsradikale Abgeordnete werden als Berichterstatter_in ernannt. Es kann nicht eindeutig beantwortet werden, ob die Rechtsaußen-Parteien wenig Interesse an der Übernahme des Amtes haben oder es die anderen Fraktionen blockieren. So strebte Mario Borghezio (Lega Nord) den Posten als Berichterstatter für die Sonderuntersuchung des Innenausschusses zu den von Edward Snowden aufgedeckten Geheimdienstaktivitäten an – dies konnte in letzter Minute dank gemeinsamer Anstrengungen aller anderen Fraktionen verhindert werden. In der aktuellen Legislaturperiode übernahmen Angehörige der ENF-Fraktion bislang acht Mal das Amt des Berichterstatters (Stand September 2017[4]). Zum Vergleich: Die EFDD-Fraktion stellte 24 Mal den Berichterstatter, 53 Mal die GUE/NGL, 96 Mal die Grünen und 108 Mal die liberale ALDE. Eine rein quantitative Betrachtung sagt jedoch wenig über die politische Reichweite der Berichte aus, zudem ist die ENF die jüngste aller Fraktionen.

Um den Einfluss rechtsradikaler Parteien in Parlamenten in Gänze verstehen zu können, reicht eine Analyse der parlamentarischen Arbeit allein nicht aus. Es kommt vielmehr auch auf die indirekten Wege der Einflussnahme an.

Agenda-Setting und Echo-Effekte rechtsradikaler Parteien in Europa

Einfluss ist die Möglichkeit, ein Set von Entscheidungen und Ereignissen zu verändern, die sich ohne die Präsenz und das Handeln eines bestimmten Akteurs andersartig entwickelt hätten. Einfluss kann einerseits auf konkrete legislative Initiativen oder Gesetze ausgeübt werden, aber auch andererseits auf die politische Agenda, also das Set von Themen, das in einem politischen System besondere Aufmerksamkeit erfährt (Cobb/Elder 1983: 86; Baumgartner/Jones 1993). Der Einfluss rechtsradikaler Parteien in der Europäischen Politik zeigt sich weniger durch ihre konkrete Arbeit im Europäischen Parlament, als erstens durch ihre Fähigkeit, die anderen Parteien thematisch vor sich her zu treiben, und zweitens durch einen Echo-Effekt zwischen den Mitgliedsstaaten.

Die politische Mobilisierung der radikalen Rechten hängt im entscheidenden Maße davon ab, wie erfolgreich rechtsradikale Parteien darin sind, Themen in ihrem Sinne zu framen. Goffman (1980) entwickelte das Konzept des Framing als ein individuelles Interpretationsschema zur Erklärung der Welt.

Frames lokalisieren, identifizieren, etikettieren und benennen konkrete alltägliche Vorkommnisse, die im Sinne des Rahmens definiert werden, wodurch sie Erfahrungen einordnen helfen und sinnstiftend wirken. Die größte Herausforderung eines rechtsradikalen Framings besteht darin, an scheinbar berechtigte Sorgen der Bevölkerung anzuknüpfen und dabei gleichzeitig ein allzu rassistisches oder ethnozentrisches Auftreten zu vermeiden. "Movement leaders have to play to the perceived fears of threatened populations while achieving frame alignment, identify potential allies, and broadening their base of support beyond racist groups. They must also seize the political opportunities that arise, identify sympathetic institutional insiders, and forge alliances with other entities and networks to reconstitute message and image." (Wright 2009: 191) Eine hohe Glaubwürdigkeit und Sichtbarkeit ihrer Themen sind für die Rechtsradikalen von entscheidender Bedeutung. Die radikale Rechte steigert ihre Glaubwürdigkeit, indem sie zum Beispiel vorgibt, legitime Sorgen der Bevölkerung in Bezug auf Immigration und Sicherheit zu vertreten. Sie ist dann besonders erfolgreich darin, wenn sie eine hohe narrative Wiedergabetreue erreicht, also die Problemdiagnose und die angebotenen Prognosen zur erlebten Realität der Empfänger_innen passen und sie dabei an ein kulturelles Erbe anknüpfen kann. Der Partei wird dann zugesprochen, "rechtmäßiger Besitzer" des Themas zu sein (Meguid 2008). Dies ist besonders dann der Fall, wenn die etablierten Parteien die Themen Immigration, Staatsbürgerschaft und nationale Identität zuvor nicht politisch besetzten (Koopmans et al. 2005: 22). Bekommen die rechtsradikalen Themen darüber hinaus durch aktuelle Anlässe – wie eine große Anzahl von Geflüchteten im Land – in der öffentlichen und medialen Wahrnehmung eine große Sichtbarkeit, dann können zunehmende Wahlerfolge die der radikalen Rechten zugeschriebene Fähigkeit steigern, eine Kraft sozialer Veränderung zu sein. Durch die Zentralität und die öffentlich-mediale Vermittlung des Themas erreicht dieses in Folge die formal-legislative Agenda. Daraus entsteht für die etablierten Parteien ein Teufelskreis, der die Glaubwürdigkeit der radikalen Rechten und die Sichtbarkeit ihrer Themen weiter fördert. Nehmen die etablierten Parteien die rechtsradikalen Frames in der Hoffnung an, verloren geglaubte Wählerstimmen zurück zu gewinnen, dann steigern sie gleichzeitig deren Glaubwürdigkeit und die wahrgenommene Wichtigkeit des Themas. Die radikale Rechte wird indirekt als die Partei empfohlen, die die Probleme früh erkannte und passende Policy-Angebote entwickelte.

Diese Kausalität wird von einigen wissenschaftlichen Untersuchungen über das Verhalten und den Einfluss rechtsradikaler Parteien gestützt. Schain (2002) untersuchte den Einfluss des französischen Front National und wies nach, dass die Politik des FN Auswirkungen auf die öffentliche Meinung in Bezug auf das Thema Immigration hat und etablierte Parteien thematische Positionen des FN übernehmen. Andere Studien wie die von Minkenberg (1998; 2001; 2002), Kitschelt (1995) oder Heinisch (2003) kommen zu ähnlichen Ergebnissen.

Zuletzt gelang es Sebastian Kurz (ÖVP) in Österreich durch die Übernahme politischer Positionen der FPÖ, dass sich Teile der abgewanderten Wähler_innen wieder der ÖVP zuwandten. Zum einen kann sich eine erfolgreiche Strategie gegen Rechtsradikalismus jedoch nicht darauf beschränken, es als Erfolg zu feiern, dass rechtsradikale Parteien weniger Stimmen als erwartet erhalten, wenn gleichzeitig ultranationalistische, xenophobe und autoritaristische Positionen in den politischen Willensbildungsprozess integriert werden. Zum anderen zeigt sich, dass die FPÖ durch diese Strategie keinesfalls zurückgedrängt wird: Während die Partei im Jahr 2006 noch 11 Prozent der Stimmen erhielt, waren es 17,5 Prozent im Jahr 2008, 20,5 Prozent im Jahr 2013 und bei den aktuellen Nationalratswahlen rund 26 Prozent. Auch nach der deutschen Bundestagswahl konnte man beobachten, wie die etablierten Parteien auf die Themen und Frames der AfD einstiegen – sei es der offene Schwenk der CSU nach rechts, wie ihn Horst Seehofer ankündigte; der Versuch der Grünen, mit den Konzepten Heimat und Tradition zu punkten; oder die Auseinandersetzungen in der Linkspartei zur Neuausrichtung ihrer Geflüchtetenpolitik.

Darüber hinaus wirkt ein sich verstärkender Echo-Effekt auf die Debatten zwischen den Mitgliedsstaaten. Beflügelt durch politische Erfolge in einem Land versuchen rechtsradikale Parteien in anderen Ländern daran anzuknüpfen – durch den Austausch von Ideen, die Übernahme von Strategien und durch direkte Kooperation. So forderten rechtsradikale Parteien quer durch Europa nach dem Votum für einen Austritt Großbritanniens aus der EU ähnliche Abstimmungen in ihren Ländern, sicherten sich so einen Platz in den Schlagzeilen und konnten die ohnehin aufgeheizten Debatten weiter anfeuern. Ganz bewusst versuchen die Parteien an Erfolge anzuknüpfen, zum Beispiel indem Nigel Farage (UKIP) kurz vor der deutschen Bundestagswahl zusammen mit der AfD-Politikerin Beatrix von Storch in Berlin auftrat, um das Thema EU-Kritik stärker in den deutschen Wahlkampf einzubringen.[5]

Der Echo-Effekt kann allerdings auch gegenteilige Wirkung entfalten – nämlich dann, wenn sich die

rechtsradikale Performance in einem Land als nicht erfolgreich erweist und sich die Parteien in Folge gegenseitig nach unten ziehen. Das Auftreten Donald Trumps als US-Präsident mag mit zu den sinkenden Zustimmungswerten bei den Wahlen in Frankreich und den Niederlanden beigetragen haben. Und auch nach dem Brexit-Referendum stiegen in den meisten europäischen Ländern die Zustimmungswerte für einen Verbleib in der EU (s. hierzu auch den Beitrag von Loth in diesem Heft).

TOBIAS PETER M.A., Jahrgang 1982; von 2010 bis 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Europäischen Parlament; zurzeit Projektleiter bei der Stiftung SPI in Berlin; Arbeitsschwerpunkte: Rechtsradikalismus, Sicherheitspolitik, Migration und Asyl. Autor verschiedener Veröffentlichungen, zuletzt erschien "Unabhängige Polizeibeschwerdestellen. Was kann Deutschland von anderen europäischen Staaten lernen?", zusammen mit Eric Töpfer, Hg. von Deutsches Institut für Menschenrechte.

Literatur:

Baumgartner, Frank R.; Jones, Bryan D. (1993): *Agendas and Instability in American Politics*. Chicago: University of Chicago Press.

Corbett, Richard, Jacobs, Francis; Shackleton, Michael (2011): *The European Parliament*. London: John Harper.

Decker, Frank (2016): Die „Alternative für Deutschland“ aus der vergleichenden Sicht der Parteienforschung, in: Häusler, Alexander (Hg.): *Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 7-24.

Cobb, Roger W.; Elder, Charles D. (1983): *Participation in American Politics. The Dynamics of Agenda-Building*. Baltimore: John Hopkins University Press.

Goffman, Erving (1980): *Rahmen-Analyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen* Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Koopmans, Ruud; Statham, Paul; Giugni, Marco; Passy, Florence (2005): *Contested citizenship. Immigration and cultural diversity in Europe (Social movements, protest, and contention, Bd. 25)*. Minneapolis, Minn.: Univ. of Minnesota Press.

Minkenberg, Michael (1998): *Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Minkenberg, Michael (2001): *The radical right in public office: Agenda setting and policy effects*, in: *West European Politics* 24 (4), S. 1-21.

Minkenberg, Michael (2002): *The New Radical Right in the Political Process: Interaction Effects in France and Germany*, in: Schain et al. (Hg.): *Shadows over Europe. The development and impact of the extreme right in Western Europe*. New York: Palgrave Macmillan, S. 245-268.

Minkenberg, Michael (2011): *Die radikale Rechte in Europa heute. Profile und Trends in West und Ost*, in: Globisch, Claudia; Pufelska, Agnieszka; Weiß, Volker (Hg.): *Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 111-131.

Minkenberg, Michael (2013): *Die europäische radikale Rechte und Fremdenfeindlichkeit in West und Ost: Trends, Muster und Herausforderungen*, in: Melzer, Ralf; Serafin, Sebastian: *Rechtsextremismus in Europa*.

Länderanalysen, Gegenstrategien und arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Meguid, Bonnie M. (2008): Party competition between unequals. Strategies and electoral fortunes in Western Europe (Cambridge studies in comparative politics). Cambridge: Cambridge Univ. Press.

Peter, Tobias (2015): Europa Rechtsausen. Die radikale Rechte im Europäischen Parlament nach den Europawahlen 2014. Herausgegeben von Jan Philipp Albrecht, MdEP, Brüssel.

Schain, Martin (2002): The Impact of the French National Front on the French Political System, in: Schain et al. (Hg.): Shadows over Europe. The development and impact of the extreme right in Western Europe. New York: Palgrave Macmillan, S. 223-243.

Schmidtke, Franziska (2016): Das Europäische Parlament – Hochburg der Rechtspopulisten? Göttinger Institut für Demokratieforschung, abrufbar unter <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/das-europaeische-parlament-hochburg-der-rechtspopulisten>

Williams, Michelle H. (2006): The Impact of Radical Right-Wing Parties in West European Democracies. New York: Palgrave Macmillan.

Wright, Stuard A. (2009): Strategic Framing of Racial-Nationalism in North America and Europe. An Analysis of a Burgeoning Transnational Network. Terrorism and Political Violence 21 (2), 189–210.

Anmerkungen:

1 Aus diesem Grund ist die gängige Unterscheidung zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus zur Beschreibung der vielfältigen Erscheinungsformen ideologisch-analytisch inhaltsleer und nicht zielführend.

2 Ohne Fraktionslose; Daten von Votewatch.eu.

3 Siehe beispielhaft die Anfrage „Schattenboxen gegen „geschlechtsspezifische Lohngefälle“ (Gender Pay Gap) zur schriftlichen Beantwortung an die Kommission von Beatrix von Storch vom 23. März 2015, abrufbar unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+WQ+E-2015-004566+0+DOC+XML+V0//DE&language=de>.

4 Daten von Votewatch.eu.

5 "Mister Brexit besucht die AfD", Deutschlandfunk vom 9.9.2017, http://www.deutschlandfunk.de/nigel-farage-in-berlin-mister-brexit-besucht-die-afd.1773.de.html?dram:article_id=395468.

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/220-vorgaenge/publikation/in-der-eu-gegen-die-eu-rechtsradikale-und-anti-europaeische-parteien-im-europaeischen-parlament-1/>

Abgerufen am: 03.06.2023